

Parlamentarischer Vorstoss. Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 079-2019
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☒
Geschäftsnummer: 2019.RRGR.97

Eingereicht am: 12.03.2019

Fraktionsvorstoss: Ja
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: SP-JUSO-PSA (Wildhaber, Rubigen) (Sprecher/in)
SP-JUSO-PSA (Näf, Muri)
SP-JUSO-PSA (Fisli, Meikirch)

Weitere Unterschriften: 17

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: 952/2019 vom 04. September 2019
Direktion: Erziehungsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Annahme und gleichzeitige Abschreibung**



Attraktivität des Lehrerberufs mit gezielten Massnahmen fördern

Der Regierungsrat wird beauftragt, mit gezielten Massnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufs ein ausreichendes Angebot an kompetenten Lehrpersonen sicherzustellen.

Begründung:

Der Lehrpersonenmangel hat viele Schulen im Griff und beschäftigt die Schulleitungen über die Massen. Die Qualität der Schule nimmt ab. Wenn bei den Anforderungen in Stellenausschreibungen nicht einmal mehr ein Diplom verlangt wird, dann muss das den Verantwortlichen zu denken geben. Der qualitative Lehrpersonenmangel tritt wieder in den Hintergrund. Man ist froh, die Stellen überhaupt besetzen zu können. Ja, der Unterricht findet (fast) immer statt. Unsere Kinder haben jedoch Anspruch auf eine hohe Unterrichtsqualität.

Dringend nötig sind Signale aus der Politik, damit es attraktiv ist, überhaupt Lehrperson zu werden, und für ausgebildete Lehrpersonen, in den Lehrerberuf zurückzukehren, sich nicht frühzeitig pensionieren zu lassen oder das Pensum noch mehr aufzustocken.

Die Frage nach der Motivation, wieso jemand Lehrerin/Lehrer wird, ist eine interessante. Dabei müsste man ein besonderes Augenmerk auf die Männer werfen. Die Fragen, wieso jemand nicht im Kanton Bern als Lehrerin/Lehrer unterrichtet und wieso jemand im Kanton Bern aussteigt,

müssen ebenfalls gestellt werden. Wir haben ein Rekrutierungsproblem bei den Männern und ein Verbleibproblem bei den hohen Pensen.

Die Strukturen des Kantons Bern können wir nicht ändern. Wir könnten aber alles daran setzen, mit einer hohen Qualität an den Schulen und guten Betreuungsangeboten ein attraktiver Kanton für Eltern und ihre Kinder sowie für gut ausgebildete Lehrpersonen zu sein.

Antwort des Regierungsrates

Bei der vorliegenden Motion handelt es sich um eine Motion im abschliessenden Zuständigkeitsbereich des Regierungsrates (Richtlinienmotion). Der Regierungsrat hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grades der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrages, und die Entscheidverantwortung bleibt beim Regierungsrat.

Die vorliegende Motion fordert den Regierungsrat auf, mit gezielten Massnahmen die Attraktivität des Lehrberufs zu fördern und dadurch ein ausreichendes Angebot an kompetenten Lehrpersonen sicherzustellen. Begründet wird die Forderung mit der erschwerten Stellenbesetzung, insbesondere auch bei der Rekrutierung von Männern.

Lehrpersonen leisten einen grossen Beitrag für die Ausbildung künftiger Generationen und tragen zur Integration sowie zum sozialen Zusammenhalt einer immer stärker durchmischten Bevölkerung bei. Dafür sind stabile finanzielle und strukturelle Rahmenbedingungen zu schaffen, die es den Bildungsinstitutionen und den Lehrkräften ermöglichen, ihre Aufgaben optimal zu erfüllen. In den vergangenen Jahren wurden Strukturveränderungen sehr zurückhaltend vorgenommen. Dadurch konnte eine «Beruhigung» erreicht werden. Dies gilt auch für die Einführung des Lehrplans 21: Schulen und Lehrpersonen haben bis Ende Juli 2022 Zeit, diesen einzuführen.

Um den Männeranteil an den Volksschulen zu erhöhen, braucht es gezielte Anstrengungen. Die Erziehungsdirektion unterstützt die aktive Teilnahme der Pädagogischen Hochschule Bern am Projekt «Männer an die Primarschule». Das Projekt verfolgt das Ziel, gemeinsam mit weiteren Bildungsinstitutionen und Berufsverbänden, die Männerquote anzuheben. Auch das erweiterte Angebot für Quereinsteigende sowie für Personen mit Berufsmaturität soll dazu beitragen, die Ausbildung des Lehrberufs für Männer attraktiver zu gestalten. Der Männeranteil am Institut Vor- und Primarstufe der Pädagogischen Hochschule Bern betrug im Herbstsemester 2011 12 % und stieg seither kontinuierlich auf 18 % im Herbstsemester 2018 an. Ebenso müssen konkurrenzfähige Anstellungs- und Arbeitsbedingungen vorliegen, die das Arbeiten in den bernischen Schulen für Lehrkräfte und Schulleitungen interessant machen. Vor dem Hintergrund der erschwerten Stellenbesetzung ist dies besonders wichtig. In den vergangenen Jahren haben Regierungsrat und Grosser Rat die Anstellungs- und Arbeitsbedingungen regelmässig überprüft und punktuell verbessert. Schwerpunkt war vor allem das Gehalt. So wurden für verschiedene Kategorien von Lehrpersonen höhere Lohnklassen festgelegt wie zum Beispiel für die Kindergartenlehrkräfte, die Lehrkräfte im Spezialunterricht und für die Schulleitungen. Dank einer Änderung des Lehreranstellungsgesetzes können seit 2014 wieder ein jährlicher Gehaltaufstieg gewährt und Lohnrückstände aufgeholt werden. Bei den zeitlichen Rahmenbedingungen sind ebenfalls Massnahmen ergriffen worden: Es stehen in der Volksschule zusätzliche Lektionen bereit, um Lehrpersonen in schwierigen Situationen zu entlasten (SOS-Lektionen) oder im CO-Teaching tätig zu sein. Im Kindergarten können Lehrpersonen, die das wünschen, im oft besonders anspruchsvollen ersten Quartal bei Betreuungsaufgaben durch Klassenhilfen unterstützt werden. Schulinspektorate haben die Möglichkeit, bei Bedarf eine zusätzliche Klassenlehrerlektion zu

bewilligen. Um den Berufseinstieg von neuen Lehrpersonen zu erleichtern, wurde 2017 für den Volksschulbereich ein Sonderpool für Mentorate und für die Entlastung der Berufseinsteigenden eingeführt. Der Pool wird per 1. August 2019 auch für Quereinsteigende und Studierende der Pädagogischen Hochschulen erweitert. In den Berufsfachschulen wurden 2007 die Pflichtpensen um eine Lektion gesenkt. Aufgrund des im Auftrag des Grossen Rates im Jahre 2016 durchgeführten interkantonalen Vergleichs über die Anstellungsbedingungen der Lehrkräfte haben der Regierungsrat und der Grosse Rat personalpolitische Handlungsfelder definiert. Ein wichtiges Ziel ist, den verbesserten Gehaltsaufstieg auch in den kommenden Jahren fortzuführen. Gleichzeitig wurde festgestellt, dass die Gehälter im Volksschulbereich nicht konkurrenzfähig sind. Der Regierungsrat hat sich daher im diesjährigen Finanzplanungsprozess für eine Höhereinreihung der heute in der Gehaltsklasse 6 eingereihten Primar- und Kindergartenlehrkräfte in die Gehaltsklasse 7 entschieden. Die damit verbundene erhebliche finanzielle Mehrbelastung (rund CHF 8.5 Mio. im Jahr 2020 und ab den Folgejahren CHF 20.4 Mio.) stand dabei in einem Spannungsfeld mit der anspruchsvollen finanzpolitischen Ausgangslage, welche in den kommenden Jahren insbesondere durch einen steigenden Investitionsbedarf, verminderte Ausgleichszahlungen aus dem Nationalen Finanzausgleich und einer Weiterentwicklung der Steuerpolitik geprägt sein wird.

Die gestiegene Anzahl Studierender der PH Bern, welche im Zeitraum vom Herbstsemester 2011 bis zum Herbstsemester 2018 kontinuierlich um knapp 19 % zunahm, deutet darauf hin, dass das Image des Lehrberufs in der Öffentlichkeit in den letzten Jahren verbessert werden konnte. Wertschätzung und Anerkennung gegenüber den Lehrkräften genossen in der Vergangenheit in der Kommunikation und bei allen Neuerungen eine hohe Priorität. Mit Projekten wie dem pädagogischen Dialog, Tage der Schule usw. wurde dies verstärkt. Es ist aber auch zukünftig wichtig – und dies ist auch in der Bildungsstrategie 2016 aufgeführt – dass der Beruf als sehr attraktiv wahrgenommen wird.

Das Anliegen des Motionärs gehört aus Sicht des Regierungsrates zu den Daueraufgaben des Kantons und der Gemeinden als Arbeitgeber. Dank der in den vergangenen Jahren erfolgten «Beruhigung» des Systems und den bereits erreichten personalpolitischen Massnahmen erwartet der Regierungsrat eine weitergehende Attraktivitätssteigerung des Lehrberufs.

Der Regierungsrat beantragt deshalb die Annahme der Motion und gleichzeitige Abschreibung.

Verteiler

- Grosser Rat